terscheiden sich nicht von den westdeutschen Jugendlichen hinsichtlich der Frage, ob man durch Eigeninitiative Karriere machen kann, sondern sie sehen viel stärker noch eine Hintertür. Ich möchte damit in keinster Weise irgendeine Aussage über die Realität machen – es sind alles soziale Konstruktionen in den Köpfen der Jugendlichen.

Ich komme jetzt zu meinem Fazit: Es erscheint ratsam, Aussagen über die Lebenslage Jugendlicher in Ostdeutschland vor allem im Vergleich mit der westdeutschen Vergleichsgruppe zu diskutieren.

Die Arbeitsmarktsituation ist in den alten Bundesländern zwar etwas entspannter, aber insgesamt auch kritisch zu sehen. Wir finden auch in den alten Bundesländern viele Jugendliche in außerbetrieblichen Maßnahmen. Ein letzter Punkt, auf den ich hinweisen möchte, besteht darin, daß wir in unserer Studie zeigen können, daß das Einmünden in außerbetriebliche Maßnahmen einen sehr deutlich positiven sozialisatorischen Effekt auf diese Jugendlichen ausübt. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Jugendlichen nicht nur einfach „objektive Verlierer“ sind, die am Arbeitsmarkt scheitern, sondern es handelt sich um Jugendliche, die auch ganz spezifische Defizite aufweisen, insbesondere in ihren Arbeitshaltungen und ihrer Anstrengungsbereitschaft. Man betont das heute so ungern, weil es nicht modern ist, aber die Pflicht- und Akzeptanzwerte (wie allein schon frühes Aufstehen) stellen für diese Jugendlichen ein ganz großes Problem dar. Wir können deutlich zeigen, daß diese außerbetrieblichen Maßnahmen, die so oft als „Warteschleifen“ oder als „Maßnahmeinstrumente“ verteufelt werden, ganz wichtige Nachsozialisierungsleistungen in unserer Gesellschaft erbringen. Solange es keine Alternativen auf dem freien Arbeitsmarkt oder im erweiterten Fachschulwesen gibt, sollte man diese Form der Integration nicht unbillig kritisieren. Vielen Dank.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen. Es tut mir leid, daß wir Ihren Vortrag zeitlich gesehen so stark einschränken mußten.

Ich habe den Vorsitzenden gefragt, wir haben die Genehmigung, die Diskussionsrunde bis 16.45 Uhr zu führen. Im Anschluß daran ist dann eine viertel Stunde Pause angesetzt, so daß es um 17.00 Uhr weitergeht. Herr Kowalczuk hat sich zuerst zu Wort gemeldet.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Schnabel hat den kürzesten Vortrag gehalten, den wir hier in den letzten zwei Tagen gehört haben, und ich finde es ihm gegenüber etwas unfair, daß er dafür, daß andere die Zeit doch erheblich überzogen haben, büßen mußte. Deswegen richtet sich auch gleich meine erste Frage an Herrn Schnabel, damit er noch einmal ausführlich zu Wort kommt. Sie haben gleich am Anfang Ihre dritte Einschränkung, die auch das ganze Projekt betrifft, genannt. Sie sagten, daß es um die spezifische Situation in den neuen Bundesländern geht, und hierbei für die Jugendforschung der Vergleich zu den alten Bundesländern näher liegt als der vergleichende Rückblick. Schließlich handelt es sich um Jugendliche, die 12 Jahre alt waren, als die Wende kam. Nun bin ich Historiker und interessiere mich in der Regel eher

stärker für die Dinge, die zurückliegen. Aus diesem Grunde muß ich noch einmal nachfragen. Ich beziehe mich auf Ihre Abb. 6 bezüglich der Denkweise der Jugendlichen über die DDR. Folgende Frage interessiert mich hierbei brennend: Haben Sie Ursachenforschung betrieben? Auf der einen Seite haben Sie uns diese harten sozialwissenschaftlichen Daten präsentiert, und auf der anderen Seite frage ich mich, ob Sie dafür mögliche Ursachen anbieten können. Eine denkbare Ursache wäre z. B., daß Ihre Kohorte ausgerechnet an einer Schule ist, wo abgewickelte ML-Lehrer tätig sind. Weiterhin wäre es möglich, daß das alles Schüler sind, deren Eltern alle aus der ehemaligen sozialistischen Dienstklasse stammen. Insofern wäre dieser Bezug m.E. nicht ganz unerheblich, denn die Sozialisationsverläufe zwischen 12jährigen 1989/90 in den alten Bundesländern und in der DDR waren ja nun doch gänzlich verschieden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das keine längerfristigen Folgen haben sollte.

Eine zweite Frage möchte ich an Frau Schenk richten. Mich würden zwei Dinge interessieren. Es handelt sich im Prinzip auch um statistische Angaben. Ich würde gern erfahren, ob es bei den arbeitslosen Frauen ähnlich wie bei den Männern oder auch ähnlich wie in den alten Bundesländern eine gewisse Kurve in den Qualifikationsmerkmalen gibt? Konkret möchte ich wissen, wer ist davon besonders betroffen, und wer hat relativ gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt? Zweitens wüßte ich gern, wie sieht das mit der Scheidungsrate aus? Gibt es hier seit 1990 signifikante Veränderungen?

Ich möchte eine dritte Bemerkung zu Ihrer „Verliererinnenthese“ machen. Die Auffassung, Frauen seien nicht so die „Verliererinnen der Einheit“, wie das gemeinhin angenommen wird, finde ich insofern etwas problematisch, als daß sie ja den Bezug zu Westdeutschland aufmachen. Natürlich kann man sagen, wir haben jetzt 5 Mio. Arbeitslose, aber es gibt irgendwo noch ein Land oder irgendwo noch eine andere Bezugsgröße, da ist die Arbeitslosenquote noch viel höher, und deswegen ist das bei uns gar nicht so dramatisch. Aber wenn man diese Situation aus der Perspektive der Betroffenen sieht, vor allem auch der betroffenen Frauen, dann ist es natürlich eine dramatische Entwicklung. Insofern glaube ich, daß da schon etwas dran ist.

Eine letzte Frage richtet sich an alle drei Damen. Es gibt ja in vielen Teilen der westlichen Welt Debatten darüber, daß man Hausarbeit vergütet und auf die Rentenzeit anrechnet. Wie positionieren Sie sich dazu? Dankeschön.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Herr Spiller bitte.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe zunächst eine Frage an Frau Dr. Schenk bezüglich des Stichworts Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Teilzeitarbeit. Gibt es empirische Untersuchungen mit halbwegs verläßlichen Aussagen über den Wunsch nach Teilzeitarbeit bei ostdeutschen Frauen und in Relation zu dem Wunsch nach einer Vollzeitarbeit? Gibt es halbwegs aussagekräftige Daten darüber, inwieweit das Angebot an Teilzeitarbeitsstellen eher auf weniger qualifizierte Tätigkeiten ausgerichtet ist oder geht das durch das

ganze Spektrum der Berufstätigkeit? Im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Beruf/Familie und Teilzeitarbeit würde mich auch interessieren, ob Sie Erkenntnisse darüber haben, wie sich die Haltung bei Männern, insbesondere bei jüngeren Männern, gegenüber Teilzeitarbeit in Ost und West darstellt? Es ist ja nicht automatisch so, daß die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur ein Problem der Frauen sein muß.

Ich hätte noch eine Zusatzfrage, die sich an alle drei Referenten richtet, die uns über die Situation von Frauen berichtet haben. Wir hatten eben gehört, daß das Max-Planck-Institut auch Untersuchungen über das subjektive Empfinden und die subjektive Beurteilung der Situation durchgeführt hat. Gibt es repräsentative Umfragen oder aber halbwegs belegbare und nicht auf einzelne Erfahrungen und Gespräche begründete Aussagen, wie denn die Verteilung der Meinungen von ostdeutschen Frauen ist? Sind sie nun „Verliererinnen der Einheit“? Was ist positiv, was ist negativ? Oder ist das nur eine Debatte zwischen Expertinnen? Gibt es empirische Belege?

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Der nächste Fragesteller ist Herr Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Meine Frage richtet sich zuerst an die Referenten, die sich mit Jugendlichen beschäftigt haben. Mich interessiert der Grad des politischen Selbstbewußtseins von Jugendlichen. Wie stark fühlen sich die Jugendlichen nicht nur als Opfer und Betroffene, als Objekt von gesellschaftlichen Prozessen, die gewollt oder auch nicht gewollt sind? Wie stark empfinden sie politisches Selbstbewußtsein? Wo gibt es politisches Engagement? Wie steht es um den Organisationsgrad? Die letzte Frage in bezug auf die Organisation eigener Interessen richtet sich auch an diejenigen, die sich speziell mit Frauenfragen beschäftigt haben. Inwiefern wird das eigene Schicksal, das man erfahren hat, das ja sehr eindrücklich dargestellt worden ist, auch als eine Herausforderung verstanden, welche dazu führt, sich politisch zu engagieren? Oder ist das nur eine Frage subjektiven Empfindens und dann auch des eigenen Gestaltens des persönlichen, oft atomisierten Lebensweges?

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Dankeschön. Als nächster kommt Herr Kollege Poppe, danach Herr Vergin und dann Herr Moreau. Anschließend schließe ich die Liste der Fragestellenden. Herr Poppe bitte.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich hat ein wenig betroffen gemacht, was die Jugendlichen bezüglich der Fragen zur DDR für Antworten gegeben haben. Vergleichbares kann ich, was diese DDR-Passagen angeht, auch für die Vorträge von Frau Schlegelmilch und Frau Beyer unterstreichen. Wenn ich Sie auf dem Podium einmal genau betrachte, sitzen da eine Landtagsabgeordnete, eine Bundestagsabgeordnete, eine sich habilitierende Wissenschaftlerin und eine Leiterin einer Stadtmission, also auch einer wichtigen Einrichtung. Sie sind also offenbar überhaupt nicht typisch für das, was hier statistisch vermerkt wurde. Ich muß Ihnen sagen, ich habe das immer wieder so erlebt, alle Frauen, die ich kenne, arbeiten und haben früher zu DDR-

Zeiten auch gearbeitet. Sie haben, entgegen ihren damaligen Möglichkeiten, sowohl was ihre persönlichen Ambitionen angeht als auch den Grad ihrer Freiräume, in ihrer Tätigkeit jetzt weitaus bessere Chancen als früher. Das ist jetzt eine subjektive Beobachtung, die offensichtlich mit der Statistik nicht in Einklang zu bringen ist.

Frau Schlegelmilch, Sie haben vorhin gesagt, daß sich ein großer Teil der Frauen die DDR zurückwünschen. Wenn ich das hinzuziehe, was Frau Beyer vorgetragen hat, könnte man eine ähnliche Aussage treffen. Ist das in irgendeiner Weise quantifizierbar, gibt es das tatsächlich? Steckt eine relevante Größenordnung dahinter, oder ist es ein subjektiver Eindruck Ihrerseits, der nicht quantitativ belegbar ist?

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Herr Vergin bitte.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Ich habe mich insbesondere bei den Ausführungen von Frau Monika Schlegelmilch und von Frau Heidemarie Beyer gefragt, welche Welt denn jetzt für uns bestimmend ist. Ist es die Welt, die vom Sächsischen Minister vorgetragen wurde, oder die Welt, die von Ihnen beiden vorgetragen wurde? Für mich als Hörer und als jemand, der in der DDR nicht direkt lebte, sondern nur über die Familie die Prozesse dort mitbekam, stellte dies einen gewaltigen Unterschied zwischen diesen Darstellungen dar.

Mich würden deswegen nicht so sehr Fragen bezüglich der Statistik und der Belegbarkeit interessieren, sondern wie Sie, die Sie ja auch den Vortrag des Ministers mitangehört haben, darauf reagiert haben? Er repräsentiert ja die Politik, die er so wahrnimmt, wie er es dargestellt hat. Daher kommt sicher mit Recht die Frage von Herrn Spiller, ob das nur psychologische Wahrnehmungen sind, daß Frauen besonders als Verlierer angesehen werden, oder ist das irgendwie objektivierbar?

Ich möchte eine weitere Frage zur Jugend stellen. Herr Pfarrer Bretschneider, Sie haben etwas aufgenommen, was mich bei der Frage des Rechtsextremismus immer wieder bewegt, indem Sie gesagt haben, daß es dringend notwendig ist, daß neue Milieubildungen erfolgen. Dahinter steckt die Aussage, die die Psychologen früher immer in der alten Sprachformulierung folgendermaßen formulierten: Nestbildung muß geschaffen werden, in denen man sich wenigstens vorübergehend mal wieder wohl fühlen kann.

Beobachten Sie eine verstärkte Zunahme bei den Jugendlichen nach solchen Milieubildungen? Ich beobachte im Augenblick mit Entsetzen, daß wir seit etwa 6 Monaten eine radikale Zunahme mit der Ergänzung gewalttätiger Auseinandersetzungen zu verzeichnen haben, nachdem die Kurve zwischenzeitlich abgeschwungen war. Sehen Sie da irgendwelche Zusammenhänge zwischen den von Ihnen dargestellten Zahlen und der Nichtunterbringung der Jugendlichen?

Ich möchte noch eine letzte Frage an Sie richten, weil Sie Pfarrer sind und deswegen sicher mit großer Aufmerksamkeit verfolgt haben, was die Kirchen-

hierarchien jetzt verabschiedet haben und was sich in dem sogenannten Sozialpapier der Kirchen niederschlägt. Sehen Sie in diesem Sozialpapier tatsächlich eine Möglichkeit, direkt auf die Politik einwirken zu können? Glauben Sie, daß die Kirchen selbst, die ja nicht alle so wie Sie persönlich arbeiten, jetzt verstärkt in diese Arbeit eintreten u. a. auch mit dem, was Sie Milieubildung nennen? Ich möchte hierbei besonders betonen, daß dieses Problem nicht nur ein Ostproblem ist, sondern ein Problem aller Industrienationen. Das muß man dazu sagen.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Als letzten Fragesteller darf ich Herrn Dr. Moreau bitten.

Sv. Dr. Patrick Moreau: Ich habe zwei Fragen, die sich auf Ihre Tabelle beziehen, Herr Schnabel. Man sieht sehr wohl, daß bei der Jugend eine gewisse Demokratiekritik vorherrscht. Meine erste Frage lautet daher, welche Aspekte der Demokratie wurden bei Ihrer Untersuchung als kritisierbar bezeichnet? Insbesondere vielleicht die repräsentative Demokratie oder welche Elemente sind kritisiert worden?

Zweitens würde mich bei den politischen Parteien interessieren, ob Sie eine Untersuchung über die Parteien, die eine gewisse Vertreterrolle bei dieser Jugend übernommen haben, durchgeführt haben. Meine Frage bezieht sich insbesondere auf die mögliche Akzeptanz des Rechtsradikalismus in Ostdeutschland. Gibt es eine größere Akzeptanz der Republikaner-Parteien oder vielleicht einer anderen Protestpartei wie Die Grünen oder die PDS?

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Für den Antwortenkatalog fangen wir jetzt einmal bei der Jugendseite an. Ich möchte Herrn Dr. Schnabel bitten, zu beginnen.

Dr. Kai Schnabel: Ich komme aus dem Rheinland und kann auch schnell sprechen. Zunächst einmal möchte ich mich der Frage widmen, wo die Studien herkommen. Hierzu kann ich anmerken, daß sie alle repräsentativ sind für Schüler, die allgemeinbildende Schulen besuchen. Die Jugendlichen, die wir in unserer Studie untersucht haben, kommen auch nicht nur aus einer Schule. Die Jugendlichen in außerbetrieblichen Maßnahmen, die wir untersuchen, kommen von Wolgast bis südlich von Halle. Die Jugendlichen sind somit völlig unabhängig voneinander.

Ihre zweite Frage geht etwas tiefer. Sie fragten nach der DDR-Nostalgie bei den sozial depravierten Jugendlichen. Ich glaube nicht, daß man tatsächlich davon ausgehen sollte, daß das reale lebensgeschichtliche Erfahrungen bei den Jugendlichen sind. Diese Problematik ist auch in der Psychologie sehr umstritten. Die These, das gemeinsame „auf den Topf setzen“ im Hort, hätte die Kinder der DDR ruiniert, glaube ich einfach nicht. Psychologisch gibt es dafür keinen stichhaltigen Beleg. Bezüglich der politischen Sozialisation würde ich immer betonen, daß politische Sozialisation im engeren Sinne eigentlich erst in der Jugendphase beginnt. Das hat etwas mit der kognitiven Entwicklung von Kindern zu tun. Also, man überschätze nicht, was 12jährige über eine Gesell-

schaft reflexiv wissen; das ist recht rudimentär. Deshalb habe ich auch gleich konstatiert, daß es sich um eine DDR-Nostalgie handelt. Dieses Phänomen, daß einige Aspekte des früheren Lebens für denjenigen, der sich aktuell in einer kritischen sozialen Situation befindet, eine gewisse Attraktivität bekommt, unabhängig davon, wie die damaligen Lebensverhältnisse aussahen, kann man wohl leicht nachvollziehen. Das mag bei den Frauen ein ganz anderer Aspekt sein.

Herr Meckel fragte nach dem politischen Selbstbewußtsein mit typischem Engagement. Hier fällt uns auch im historischen Vergleich aus anderen Jugendstudien auf, daß die politische Handlungsorientierung bei Jugendlichen nach wie vor groß ist, aber daß die Jugendlichen eine regelrechte Flucht vor Organisationen zeigen. Das politische Engagement Jugendlicher ist sehr stark lokal auf die Probleme am Ort bezogen. Das hängt auch mit dem jeweiligen Politikverständnis zusammen. Natürlich ist der Jugendliche, der sich lokal für ein Projekt engagiert, politisch interessiert, und er handelt auch politisch. Man fragt leider in Jugendstudien oftmals nur Dinge wie: „Würdest Du an einer gewalttätigen Demonstration teilnehmen?“ Wenn Sie sich hier die Basiswahrscheinlichkeit für solches Verhalten im Jugendalter anschauen, werden Sie feststellen müssen, daß sie gegen Null tendiert. Es hängt daher sehr davon ab, welche Frage man stellt.

Im Ost-West-Vergleich zeigt sich interessanterweise, daß zumindest bei den älteren Jugendlichen, d. h. bei den über 20jährigen Jugendlichen tatsächlich diese Abkehr von Organisationen deutlich größer ist als bei den jüngeren. Das hat sicherlich tatsächlich mit der FDJ-Erfahrung zu tun.

Zur Frage von Herrn Poppe: Mich besorgt eher die Lebenssituation, in der die Jugendlichen leben. Man sollte sich vergegenwärtigen, daß es sich in dieser Teilpopulation, von der ich auch in den neuen Bundesländern sprach, um nicht einmal 10 % eines Geburtsjahrgangs handelt. Wir müssen auch ein bißchen die Kirche im Dorf lassen, wenn wir immer über die „Problemjugendlichen“ reden. Man darf dabei nicht die 90 % ausklammern, die in eine Normalbiographie einmünden. Es handelt sich nach wie vor um den „Regeljugendlichen“, das darf man dabei nicht vergessen.

Zu der Frage nach den unterschiedlichen Demokratiekonzepten muß ich gestehen, daß wir das nicht so detailliert nachgefragt haben, weil wir immer die Erfahrung machen, daß wir die Jugendlichen in dieser Hinsicht schnell intellektuell überfordern. Wenn ich nach verschiedenen Demokratiekonzepten frage, muß ich mir Fragen ausdenken, die auch auf dem Sprachniveau der Jugendlichen liegen. Wenn ich einen gesamten Geburtsjahrgang habe, ist hierin auch der schlechteste Hauptschüler sowie der sehr gute Gymnasiast enthalten. Das ist daher auch ein empirisch-praktisches Problem.

Vorsitzender Siegfried Vergin (SPD): Herr Bretschneider bitte.

Harald Bretschneider: Zum Thema des Organisationsgrades mit politischen Forderungen wurde bereits das Wesentliche gesagt. Sowohl in der „Jugend-

ringstruktur“ als auch in den Gruppen, die überhaupt noch nicht organisiert sind, ist nur ein ganz geringer Prozentsatz vorhanden, der tatsächlich auch politische Forderungen relevant vorträgt. Ich glaube, daß die Müdigkeit gegenüber jeglicher Organisationsform tatsächlich Folge der Vergangenheit ist. Sie ist auch eine Skepsis, die sich gegenüber den Mitmenschen überhaupt breit gemacht hat, so daß man nur noch die kleine Gruppe, das Nest als den Raum findet, wo man sich selber zu reiben wagt, sich zu artikulieren traut und zugleich auch miteinander diskutiert.

Die zweite Frage, die mir gestellt wurde, berührt die Zunahme der Gewaltakzeptanz. Hierzu möchte ich folgendes anmerken: Die Zunahme von wirklichen Gewalttaten ist gegenwärtig nicht so eindeutig zu beschreiben. Unser Programm hat tatsächlich eine ganze Menge geleistet. Es fällt den Jugendlichen aber natürlich auf, und das beteuern sie mir auch immer wieder, daß nur, wenn sie Krawall machen, sich die Leute für sie zu interessieren beginnen. Diese grundsätzliche Frage erscheint mir besonders wichtig. Ich denke, wir müssen uns bei allen politischen Fragestellungen überlegen, wie ist es eigentlich für die nächste Generation, die unsere Erben sein werden. Ich glaube, daß gerade bei den gewalttätigen Jugendlichen, wenn sie nun auch tatsächlich gewalttätig hervortreten, Ursachen im wesentlichen in ihrer Biographie liegen, in einer großen Sehnsucht nach familiärem Halt oder nach Gruppenhalt. Aus diesem Grunde habe ich auch versucht, über die Studien des Landesjugendrings, die ich „Gesellungsstudien“ genannt habe, neue Formen von „Gesellungen“ für Jugendliche zu schaffen. Diese wollte ich nicht bloß in Räumen, sondern auch in Gruppenformen organisieren. Wenn wir in der Stadtmission jetzt eine Notschlafstelle eingerichtet haben, wo Jugendliche kommen können, wenn sie entweder von zu Hause weggehen mußten oder weggehen wollten, dann ist das ein Angebot ohne große Forderung sowohl vom kirchlichen als auch vom gesellschaftlichen Bereich. Mein Anliegen dabei ist, daß zunächst einmal Raum geschaffen wird und Gruppen etabliert werden, in der sie sich überhaupt erst einmal zurechtfinden.

Was das Sozialpapier der Kirche angeht, wünsche ich mir wie Sie, daß die beiden Kirchen sich tatsächlich noch stärker an das halten, was sie geschrieben haben, weil ich beobachte, daß angesichts der finanziellen Situation das Wagnis für das soziale Engagement relativ beschränkt ist. Ich stelle aber auch fest, wo wir etwas wagen, hat die Kirche große Freude daran.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Frau Schlegelmilch bitte.

Monika Schlegelmilch: Sie haben mich nach meinem Urteil nach bezahlter Hausfrauenarbeit gefragt. Ich plädiere dafür, daß die Hausfrauenarbeit bezahlt wird. Es ist ein Beruf wie jeder andere auch, der es wert ist, vergütet zu werden.

Weiterhin wurde ich gefragt, ob die Frau wirklich „Verliererin der Einheit“ ist. Ich denke, diese These kann so verallgemeinernd nicht beantwortet werden.

Ich möchte mich einfach noch einmal auf meine Schlußbemerkungen berufen. Für die Gruppe der Frauen, die die DDR-Zeit einigermaßen unversehrt überstanden hat, und die das soziale Umfeld hatte, so daß sie mit den Chancen der Einheit etwas anfangen konnte, hat die Einheit eine hohe Chance mit sich gebracht. Die Chance auf Individualität, die Chance den eigenen Weg zu suchen und auch Stärke. Diese Gruppe der Frauen war ganz sicher nicht die „Verliererin der Einheit".

Ich denke aber auch an die große Gruppe der Frauen, die durch Schließung der Betriebe arbeitslos geworden ist sowie an die große Gruppe, die ein ganz schwieriges soziales Umfeld hat. Ich denke auch an die alleinerziehenden Frauen, die es sehr schwer haben, in dieser neuen Situation mit ihrem Leben fertig zu werden. Diese Gruppen von Frauen sind in der Gefahr, „Verliererinnen der Einheit" zu werden.

„Verliererinnen der Einheit" sind mit Bestimmtheit die Frauen, die aufgrund ihres sozialen Umfelds und aufgrund der streng einzufordernden Hilfeleistungen keine Chance haben, mit diesem neuen Leben normal wieder zurechtzukommen.

Sie haben nach einem politischen Engagement aufgrund des eigenen Schicksals gefragt. Wenn ich mich nicht politisch engagieren würde, würde ich hier nicht sitzen. Es gibt aber eine große Gruppe von Frauen, die aufgrund ihres Schicksals resigniert haben und sich überhaupt nicht mehr engagieren. Als der Minister seinen Vortrag gehalten hat, ist mir ein Thema sehr aufgestoßen. Er hat von der hohen Arbeitslosigkeit gesprochen, die auch dadurch zustande gekommen sei, daß das Ministerium des Innern die Stellen bei der Armee reduziert hat. Diese Stellen möchte ich auch in keinem Fall zurückhaben. Aber diese Reduzierung brachte arbeitslose Menschen mit sich. Daher kann ich dieses Statement, daß der Minister so verallgemeinernd und so fröhlich von sich gab, nicht nachvollziehen.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Ich danke Ihnen. Frau Dr. Schenk bitte.

Dr. Sabine Schenk: Vielen Dank. Ich bemühe mich, im Schnelldurchlauf den Fragenkatalog zu beantworten. Ich komme zuerst zur Frage bezüglich der Arbeitslosenquote von Frauen nach Qualifikationsstufen. Im Gegensatz zu Männern differenziert für Frauen ihr Qualifikationsabschluß in erheblichem Maße ihre Arbeitsmarktchancen. Wenn wir bei Männern eine klare Grenzlinie in den Arbeitslosenquoten zwischen Un- und Angelernten, also gering qualifizierten Männern und anderen Qualifikationsstufen vorfinden, die dann nicht mehr sehr wesentlich differenzieren, stellen die einzelnen Qualifikationsstufen für Frauen schon Schwellen und Grenzen in der Chance auf dem Arbeitsmarkt dar. Qualifizierte Frauen haben, wie ich auch schon angedeutet hatte, relativ gute Arbeitsmarktchancen, aber schon die gut qualifizierten Facharbeiterinnen und fachschulausgebildeten Frauen sehen da ziemlich schlecht aus und weisen hohe Arbeitslosenquoten auf.

Ich wurde desweiteren nach den Scheidungsraten seit 1990 gefragt. Zu diesem Themenkomplex bin ich nicht unbedingt Expertin. Ich erkläre mir die gesamte demographische Situation in den ersten Jahren der Transformation als eine Atempause, die zu der folgenden Situation führte: Wenig Scheidungen, wenig Hochzeiten sowie wenig Kinder. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir noch einen Block zur demographischen Entwicklung haben. Hier werden sicher auch noch fundiertere Entwicklungen zu diesem Bereich dargestellt werden.

Ich komme jetzt zur „Verliererinnenthese". Mir selbst erscheint die „Verliererinnenthese" wie eine Fortsetzung der von oben verordneten Gleichberechtigung von Frauen in der DDR zu sein. Man muß sich einmal anschauen, was Frauen in den letzten sieben Jahren in diesem Teil Deutschlands geleistet haben, und wie sie gegen wirklich widrige Verhältnisse ihre Erwerbsposition behauptet haben. Ich leugne dabei überhaupt nicht die Risiken, denen sich Frauen gegenübersehen und die Konflikte und Anpassungsleistungen, die ihnen im Transformationsprozeß abverlangt werden, und die größer sind als die der Männer. Diese Frauen, die diese Jahre durchgestanden haben und immer noch im Arbeitsleben stehen, jetzt in die „Opferecke" zu stellen, und mit der „Verliererinnenthese" zu versehen, ist für meine Begriffe ein stückweit eine Fortsetzung der verordneten Gleichberechtigungspolitik der DDR.

Ich sage nicht, daß es keine geschlechtsspezifischen Unterschiede von Risiken und Lasten des Transformationsprozesses gibt. Ostdeutsche Frauen aber in eine „Opferecke" zu stellen und zu schauen, was die Politik für diese Frauen tun kann, damit die gröbsten Lasten gemildert werden, halte ich für falsch. Ich selber wäre für eine eher offensivere Politik, die auch die Interessen und die Potentiale dieser Frauen berücksichtigt. Herr Poppe hat es ja sehr richtig auf den Punkt gebracht. Wie viele Frauen treffen Sie denn, die wirklich in diese „Verliererinnenecke" passen, und wo liegen auch Potentiale, die man sinnvoll nutzen kann und an die man anschließen kann? Ich wehre mich gegen diese „Verliererinnenthese", weil sie mir viel zu pauschal ist, und weil die Perspektiven von Frauen in den neuen Bundesländern immer noch offen sind. Hier ist überhaupt noch nicht entschieden, ob und von welcher Seite sich die beiden deutschen Kulturen annähern werden. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß sich Frauen in Gesamtdeutschland von Seiten der westdeutschen Frauen näher kommen. Dort ist nämlich in den letzten Jahren die Erwerbsneigung und die Erwerbsbeteiligung erheblich angestiegen.

Ich komme jetzt zur Frage, ob es sinnvoll wäre, Hausarbeit zu vergüten. Es handelt sich hierbei um die alte Frage: Geld oder Liebe. Ich denke, daß erst einmal überhaupt nichts dagegen spricht, daß unterschiedliche Personen Unterschiedliches verrichten und dafür auch vergütet werden. Wenn sich damit aber ein geringerer Sozialstatus, eine systematisch geringere finanzielle Entlohnung und damit ein geringerer Stellenwert, eine geringere Anerkennung dieser Tätigkeiten verbinden, und diese Tätigkeit einer ganz bestimmten Gruppe zugemutet wird, nämlich den Frauen, dann fängt für mich das Problem mit der Vergütung von Hausarbeit an.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Teilzeitarbeit. Mir selbst sind relativ gute empirische Untersuchungen über Teilzeitarbeit für das Land Sachsen-Anhalt bekannt. Dort besteht ein hohes Potential an Personen, die einen Teilzeitwunsch äußern. Allerdings muß man auch dazu sagen, daß für diese Personen Teilzeit etwas anderes bedeutet, als man sich gemeinhin, auch auf dem westdeutschen Erfahrungshintergrund, vorstellt. Die Teilzeitwünsche erstrekken sich auf die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, in der Regel auf 30 Stunden pro Woche. Diese gewünschte Reduzierung ist nicht mit der Halbierung der Arbeitszeit gleichzusetzen.

Bei Teilzeitstellen sind die Angebote für die einzelnen Bereiche sehr differenziert. In den Bereichen, wo heute schon viele Teilzeitangebote existieren, wie z. B. in Banken, Versicherungen etc., also im Dienstleistungsbereich, offerieren diese Unternehmen auch weiterhin mehr Teilzeitangebote für ihre Beschäftigten. Andere Bereiche, in denen auch heute schon der Teilzeitbeschäftigungsanteil gering ist, können sich offenbar auch wenig mit dem Gedanken anfreunden, alternative Arbeitszeitmodelle in ihren Unternehmen zu praktizieren.

Männer sind durchaus auch in nicht unerheblichem Umfang bereit, Arbeitszeit zu reduzieren. Diese Einstellung resultiert dabei aus ganz anderen Gründen als bei Frauen. Frauen möchten ihre Arbeitszeit reduzieren, um mehr Zeit für die Familie zu haben. Männer dagegen, um ihren Hobbys nachzugehen, und um sich Freiräume für einen Nebenerwerb zu schaffen. Das sind die verschiedenen Optionen, die sich mit diesem Wunsch nach reduzierter Arbeitszeit verbinden.

Was mir noch wichtig hervorzuheben erscheint, ist die ganz große Differenz zu der Teilzeitdiskussion in Westdeutschland. Die Frauen, die hier den Wunsch nach Teilzeitarbeit äußern, kommen schlicht von verschiedenen Ufern. Frauen in Ostdeutschland wollen ihre Vollerwerbstätigkeit reduzieren, um mehr Zeit für die Familie zu haben. Frauen in Westdeutschland betonen, daß ihre Familie sie in Anspruch nimmt, und sie höchstens die Chance haben, halbtags arbeiten zu gehen. Westdeutsche Frauen wären dann eher überhaupt nicht beschäftigt, ostdeutsche Frauen vollzeitbeschäftigt.

Die nächste Frage, die an mich gerichtet wurde, betrifft die subjektive Beurteilung der Situation. Es gibt empirische Untersuchungen zur subjektiven Beurteilung der Situation. Diese Analysen fallen zum Teil sehr ambivalent aus, decken sich auch nicht in jedem Fall mit den objekten Lagen der Personen. Diese Tatsache ist auch relativ bekannt. Die Befragten liegen jedoch schon sehr im Trend und sind durchaus in der Lage, relativ klar wahrzunehmen, wo sie im Moment stehen, und wie ihre Zukunftsaussichten aussehen. Frauen nehmen den Transformationsprozeß kritischer auf, geben sich aber in ihren subjektiven Reflektionen entspannt. Ihre Befürchtungen sind etwas abgeflacht. Sie sehen die Situation nicht mehr ganz so düster, wie sie es noch in den ersten Jahren wahrnahmen. Männer beginnen, den Transformationsprozeß kritischer zu sehen.

Frauen und Männer nähern sich jetzt in der subjektiven Beurteilung des Transformationsprozesses auch inzwischen weiter an, aber es bleibt immer noch eine Differenz. Frauen waren von Beginn an kritischer gegenüber dem Vereinigungsprozeß als Männer, sie sind aber im Laufe der Jahre weniger kritisch geworden. Männer hatten 1989/90 mehr Hoffnungen, die jetzt etwas zurückgenommen worden sind.

Ich komme jetzt zur Organisation der eigenen Interessen. Ich bin keine Expertin für politische Partizipation von Frauen. Auf diesem Gebiet wissen Sie, Herr Meckel, wahrscheinlich aus Ihrem politischen Hintergrund der letzten Jahre, viel besser Bescheid. Meine eigene Erfahrung sagt mir, daß die besonders negativ Betroffenen in der Regel am wenigsten in der Lage sind, ihre eigenen Interessen politisch zu organisieren. Personen, die sich politisch organisieren, sind zumeist nicht Personen in unterprivilegierten Situationen, sondern eher doch Personen, die sich auch ansonsten eher in der Mitte des gesellschaftlichen Spektrums bewegen. Dankeschön.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Danke. Frau Beyer bitte.

Heidemarie Beyer, MdL: Ich mache es ganz kurz. Bezahlte Hausarbeit empfinden viele Frauen als „Stillegungsprämie“, um sie vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Sie lehnen das deshalb ab. Ich war gestern in einer landesweiten Frauenveranstaltung, in der diese Meinung so kundgetan wurde. Man empfindet auch die Tätigkeit einer Hauswirtschafterin als eine Zumutung. Frauen wollen im „Arbeitskollektiv“ praktisch auch die sozialen Kontakte haben. Dieses Ziel streben sie nach wie vor an.

Bezüglich des Bereiches der Teilzeitarbeit kann ich Ihnen nur zustimmen. Teilzeitarbeit ist ein Wunsch von vielen Frauen, aber er ist natürlich von der wirtschaftlichen Situation abhängig. Viele befürchten jedoch, durch die Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt, dann vom Teilzeitarbeitsverhältnis nur noch das Arbeitslosengeld zu bekommen, und aus dem Grund entscheidet man sich eben nicht für die Teilzeit.

Zum Organisationsgrad möchte ich folgendes anmerken: Ich bin vorhin sehr ausführlich auf den ländlichen Bereich eingegangen, weil das eben die Situation in unserem Land so deutlich macht. Mit Parteien wollen viele nicht allzuviel zu tun haben, aber zu Verbänden und Vereinen oder auch zum Demokratischen Frauenbund Deutschland zählen sehr viele Mitglieder. Das sind bei uns auch die größten Träger von ABM-Projekten für Frauen, so daß auf diese Weise eben auch viele Frauen im ländlichen Bereich aufgefangen werden.

In einer Runde des Landfrauenverbandes sagten mir neulich Frauen: Wenn die ABM in unserem Bereich abgeschafft oder gekürzt werden, dann sterben unsere Dörfer. Die Situation stellt sich so dar, daß Männer trinken und versacken, wenn sie keine Arbeit haben, Frauen dagegen sind aktiv und versuchen, zu helfen. Hier gibt es sehr viele Projekte wo dann Gemeindehelferinnen sozial tätig sind. Sie helfen Jugendlichen, gehen mit verschuldeten Familien zur Schuld-

nerberatung, betreuen Alkoholiker. Dies beweist, daß diese Frauen mit diesen ganzen Problemen aktiver umgehen, als vielfach die Männer.

Zur Quantifizierbarkeit möchte ich folgendes anmerken: 60 % der Arbeitslosen und 3/4 der Langzeitarbeitslosen sind Frauen. Diese Frauen, das kann man wohl sagen, sind mit der Situation unzufrieden. Das ist eine große Anzahl. Ich bin der Meinung, daß diese Frauen der Wärme und der Sicherheit in der DDR nachtrauern, aber sie wünschen sich das nicht zurück. Diese Frauen warten auf ihre Chance, daß sie sich wirklich aktiv mit einbringen können. Sie wollen sich mit ihrer Situation nicht abfinden. Das finde ich positiv.

Gesprächsleiterin Abg. Christine Kurzhals (SPD): Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre interessanten Beiträge, für die interessante Diskussion. Ich danke unserem Vorsitzenden für die Genehmigung, überziehen zu dürfen und übergebe.

Vorsitzender Siegfried Vergin (SPD): Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung um 17.15 Uhr fort.

Pause

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich bitte alle Teilnehmer der Anhörung in den Saal. Meine Damen und Herren, wir beginnen mit dem letzten Teil des heutigen Tages. Die Moderation hat Gerd Poppe. Es werden jetzt einige Kurzbeiträge zu Einzelpunkten, die heute schon einmal global aufgerufen wurden, vertieft. Ich würde vorschlagen, daß Sie, Herr Kollege Poppe, sofort die Moderation übernehmen und die einzelnen Redner dann auch bitten, Ihren Vortrag zu halten.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich freue mich, daß überhaupt noch einige Zuhörer nach den bisherigen 18 Stunden gestern und heute geblieben sind. Ich möchte trotzdem kritisch vermerken, daß es der Wunsch der großen Fraktion war, auch insbesondere der CDU/CSU-Fraktion, diese Mammut-Anhörung von 2 1/2 Tagen in dieser Form durchzuführen. Deshalb kann ich die Enttäuschung darüber nicht verbergen, daß die Sitze der CDU/CSU-Fraktion so spärlich besetzt sind.

Ich hoffe dennoch auf einen interessanten letzten Teil des heutigen Tages.

Die Themen, mit denen wir uns im folgenden auseinandersetzen, möchte ich einmal so bezeichnen, daß ein „Gemischtwarenladen“ übriggeblieben ist. Die Bereiche, denen wir uns jetzt widmen, gliedern sich in die Themenkomplexe: Alte Menschen, Behinderte, die Geburtenentwicklung sowie die Wanderbewegung. Es sieht ein bißchen so aus, als ob das Themen sind, die in die Überschriften der bisherigen Vorträge nicht so recht hineinpaßten, und deshalb nun am Schluß hintereinander abgehandelt werden. Auf der anderen Seite kann man natürlich sagen, daß alles mit allem zusammenhängt. Die Geburtenentwicklung hängt sicherlich mit der späteren Rentenentwicklung zusammen. Es ist ein demographisches Problem, wie auch die Wanderbewegungen zu einem